

Krankenhäuser haben in der Krise keine Zeit mehr zu verlieren

Krankenhäuser haben in der Krise keine Zeit mehr zu verlieren

Zweiter Niedersächsischer Krankenhausgipfel: Wichtiges Signal in schwierigen Zeiten

Hannover. Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) begrüßt die Zusage der Landesregierung angesichts der gegenwärtigen Energiekrise die Versorgung der Krankenhäuser mit Strom und Gas zu gewährleisten und finanzielle Belastungen gemeinsam mit dem Bund abzufedern. Zugleich fordert die NKG, die Krankenhäuser über die aktuelle Notlage hinaus krisenfester zu machen. Wesentlich sind hierbei beständig höhere Investitionen auch auf Landesebene.

„Für die Krankenhäuser und die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen geht vom heutigen Tag ein wichtiges Signal aus: Krankenhäuser haben als Teil der kritischen Infrastruktur für die Landesregierung eine hohe Priorität. Keine Patientin und kein Patient muss aufgrund eines Mangels an Gas oder Strom Einschränkungen in der stationären Versorgung befürchten“, kommentierte NKG-Verbandsdirektor Helge Engelke ein zentrales Ergebnis des zweiten Niedersächsischen Krankenhausgipfels. „Allerdings sind weitere dringende Finanzierungsfragen noch ungeklärt.“

Zu dem Gipfel waren heute in Hannover Vertreterinnen und Vertreter der Krankenhäuser, Krankenkassen und Kommunen gemeinsam mit Gesundheitsministerin Daniela Behrens und Energieminister Christian Meyer zusammengekommen, um über die angespannte Lage der Kliniken und mögliche Lösungen zu beraten.

„Neben der Versorgungssicherheit sind die explodierenden Energiekosten für die niedersächsischen Krankenhäuser eine massive und zunehmend existenzielle Herausforderung. Von daher vertrauen wir auf die Zusagen der politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene, die Krankenhäuser in der gegenwärtigen Krise zu unterstützen, die Versorgung zu sichern und Insolvenzen abzuwenden“, so Engelke.

Das von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Hilfspaket in Höhe von 8 Mrd. Euro für die Krankenhäuser bundesweit bewertet die NKG grundsätzlich positiv. Ebenso wie das Engagement des Landes Niedersachsen, das sich dafür eingesetzt hat, dass die Krankenhäuser möglichst zeitnah Finanzhilfen des Bundes erhalten. Wichtig ist aus Sicht der NKG zunächst eine schnelle und unbürokratische Umsetzung, damit die Liquidität der Krankenhäuser gesichert wird. Angesichts der

prekären Lage benötigen die Kliniken dringend Planungssicherheit.

„Inwieweit das Volumen des angekündigten Hilfspakets ausreichen wird, ist derzeit offen. Die künftigen Preisentwicklungen sind nur schwer abzuschätzen. Zusätzliche Unterstützung ist vermutlich notwendig, da es neben den Kostensteigerungen für Energie weitere Sachkostenbelastungen durch die insgesamt hohe Inflation unter anderem bei Medizinprodukten, Lebensmitteln und vielen Dienstleistungen gibt, die abgedeckt werden müssen“, so Engelke. Gänzlich unberücksichtigt ist zudem die Refinanzierung der zu erwartenden hohen Personalkostensteigerungen im kommenden Jahr. Im aktuellen System der Fallpauschalen werden diese nur anteilig bezahlt. Zudem gilt es auch die finanzielle Lücke durch anhaltende Fallzahlrückgänge und somit Erlösverluste in den Krankenhäusern zu schließen. Diesbezügliche Hinweise und Hilferufe der Bundesländer – so auch aus Niedersachsen – wurden vom Bundesgesundheitsminister bislang nicht aufgegriffen. „Unser gemeinsames Ziel muss es sein, das Gehör für die heute diskutierten Probleme auf der Bundesebene zu verbessern“, so Engelke.

Mittelfristig muss aus Sicht der Krankenhäuser das durch den Bund geregelte System der Krankenhausfinanzierung angepasst werden. Es bildet die tatsächlichen Kosten der Krankenhäuser nur unzureichend ab und führt seit Jahren zu einer dauerhaften Unterfinanzierung. In Krisensituationen funktioniert es schlichtweg nicht. Die Corona-Pandemie und die gegenwärtige Energiekrise haben das sehr drastisch vor Augen geführt.

„Die Krankenhäuser haben heute erneut positiv wahrgenommen, dass das Land Niedersachsen seine Verantwortung im Bereich der Investitionen ernst nimmt, auch um die Krankenhäuser insgesamt krisenfester zu machen. Die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag sind daher ausdrücklich zu begrüßen und nun schnellstmöglich umzusetzen“, forderte Engelke. Er begrüßte, dass Frau Ministerin Behrens heute angekündigt hat, dass erste Schritte hierzu bereits mit dem geplanten Nachtragshaushalt unternommen werden sollen.

Ein wichtiger Punkt der heutigen Beratungen war zudem das gemeinsame Bekenntnis zu einer deutlichen Entlastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern, indem bürokratische Hürden abgebaut und Nachweis- und Dokumentationspflichten kritisch auf Nutzen und Aufwand überprüft werden sollen. Hierzu soll es im Nachgang zum heutigen Gipfel weitere Gespräche zur Umsetzung eines Projektes geben, das bereits beim Bundesgesundheitsminister angekündigt wurde. „Das ist ein deutliches Signal in Richtung der Mitarbeitenden in den Krankenhäusern, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird und weitere Demotivation durch die derzeit bestehende Misstrauenskultur verhindert werden muss“, betonte Engelke.

Weitere Informationen:

- Helge Engelke, Verbandsdirektor der NKG (0511 / 307 63 0)
 - Piet Schucht, Pressesprecher der NKG (0511 / 307 63 19 oder Mobil: 0160 / 224 74 57)
- E-Mail: schucht@nkgev.de

Thielenplatz 3 - 30159 Hannover - www.nkgev.info

 [Pressemitteilung vom 10.11.2022 \(Word-Format\) \(75,2 kB\)](#)

 [Pressemitteilung vom 10.11.2022 \(PDF-Format\) \(134,0 kB\)](#)